

FBP-Präsidium lobt AHV-Reform, regt aber gewisse Änderungen an

Nachhaltig Das Rentenalter anheben, die Beitragssätze leicht erhöhen, die Teuerungsanpassung aussetzen: Das Präsidium der Bürgerpartei unterstützt die Vernehmlassungsvorlage von Minister Mauro Pedrazzini zur langfristigen Sicherung der AHV.

VON MICHAEL BENVENUTI

Dass die AHV als wichtigstes Sozialwerk des Landes langfristig gesichert werden muss, darüber herrscht zwar über die Parteigrenzen hinweg und bei den einzelnen Interessensvertretungen Einigkeit. Umstritten ist allerdings das Wie. Zuletzt hatten der Liechtensteiner Seniorenbund, der Personalverband öffentlicher Verwaltungen Liechtensteins und der LANV einzelne Massnahmen der Vernehmlassungsvorlage kritisiert. Rückendeckung erhält der zuständige Regierungsrat Mauro Pedrazzini hingegen vom FBP-Präsidium. «Mit der Vorlage greift Pedrazzini ein

Versprechen aus dem FBP-Wahlprogramm auf und schlägt konkrete Massnahmen zu dessen Erfüllung vor», lobt das Führungsgremium der Fortschrittlichen Bürgerpartei die Pläne des Gesellschaftsministers.

Abwarten wäre der falsche Weg

Es sei richtig und wichtig, das Reformpaket bereits heute anzugehen, betont FBP-Geschäftsführer Thomas Banzer: «Abzuwarten und auf eine bessere Prognose zu spekulieren, ist in unseren Augen der falsche Weg. Die Entwicklung der Ausgaben der AHV ist bereits heute weitestgehend abschätzbar und so ist es unabdingbar, dass wir die erkannten Prob-

lemstellungen aus unserer aktuell noch komfortablen Situation heraus zu lösen versuchen.»

Dass eine Umsetzung der Reform den Staatshaushalt gegenüber heute um 30 Millionen Franken pro Jahr entlasten würde, sieht das FBP-Präsidium angesichts der sehr angespannten Finanzlage des Landes als äusserst positiven «Nebeneffekt».

Unbestritten und notwendig ist in den Augen der FBP-Führung die vorgeschlagene Einführung einer Beitragspflicht auf Erwerbseinkommen, die im Rentenalter erzielt werden. Angeregt wird allerdings eine Beitragsbefreiung von Einkommen bis maximal 5000 Franken pro Jahr.

«Damit würden verschiedene für die Gesellschaft wichtige kleinere Engagements von Rentnern weiterhin befreit bleiben, ohne dass der AHV grosse Summen verloren gehen», ist Thomas Banzer überzeugt.

Nochmals überprüft werden soll auch die geplante Umlegung des Weihnachtsgeldes auf zwölf Monatsrenten, fordert das FBP-Präsidium. Es spräche nichts dagegen, die AHV auch weiterhin in 13 Tranchen auszubehalten. Das Aussetzen der Teuerungsanpassung wird hingegen als wichtig im Sinne einer nachhaltigen und langfristigen Sicherung der AHV angesehen, heisst es in der Mitteilung der FBP.